

Ein Bundesanwalt macht Ernst

Stefan Blättler reiste im Kampf gegen die Mafia bereits nach Rom und sagt Putins Kriegsverbrechen proaktiv den Kampf an.

Henry Habegger

Die erste Auslandreise führte den einstigen Bundesanwalt Michael Lauber 2012 nach Moskau, Russland. So steht es auf einer Liste, die die Bundesanwaltschaft 2017 auf Anfrage von CH Media herausgab. Es ging beim Besuch um «grundsätzliche Fragen der Rechtshilfe von Strafverfahren».

Erst im Dezember 2013, fast zwei Jahre nach Amtsantritt und eine weitere Moskau-Reise später, reiste Lauber dienstlich erstmals in ein Nachbarland der Schweiz, nach Italien. Thema auch hier: «Rechtshilfe».

«Rechtshilfe» macht man, wenn man lieber keine eigenen Strafverfahren führt. Die aktive Bekämpfung der italienischen Mafia stand definitiv nicht auf Laubers Prioritätenliste.

Blättler und della Valle bei Anti-Mafia-Behörde

Das sieht beim neuen Bundesanwalt Stefan Blättler anders aus. Zwei Monate nach Amtsantritt absolvierte er seinen Antrittsbesuch in Rom, und mit ihm reiste Nicoletta della Valle, Direktorin des Bundesamts für Polizei Fedpol.

BA-Sprecherin Linda von Burg bestätigt auf Anfrage: «Bundesanwalt Stefan Blättler und die Direktorin von Fedpol Nicoletta della Valle weilten vom 2. bis 4. März 2022 anlässlich eines Arbeitsbesuchs bei ihren italienischen Partnerbehörden in Rom.» Es hätten «unter anderem Treffen bei der nationalen Kriminalpolizei (DCPC), der nationalen Direktion für Mafia- und Terrorismusbekämpfung (DNAA) und beim Justizministerium» angestanden, so die BA. Dabei sei es einerseits um das «gegenseitige



Nimmt seinen Job ernst: Stefan Blättler (63), Bundesanwalt. Bild: Christian Beutler/Key (Bern, 9. September 2021)

Kennenlernen und den damit verbundenen Ausbau des Netzwerkes» gegangen. Andererseits darum, «unter gegenseitiger Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien die kurz- bis längerfristigen Perspektiven zu erörtern und insbesondere den gemeinsamen Willen zur weiterhin sehr engen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von kriminellen Organisationen aus Italien zu betonen.»

Dass Blättler es ernst meint, illustrieren auch die weiteren Mitreisenden nach Italien: Sein Stellvertreter Ruedi Montanari war dabei und die für Bekämpfung der Organisierten Kriminalität federführenden Staatsanwälte Carlo Bulletti und Sergio Mastroianni.

Proaktiv Taskforce zu Russland eingesetzt

Dass der neue Bundesanwalt sich nicht als Wolkenschieber betätigen will, zeigt auch sein Vorgehen gegen Putins Russland. Blättler habe eine breit zusammengesetzte «interne Taskforce einberufen». Ziel: Die BA will konkret und rasch tätig werden können, wie sie einen Bericht des «Tages-Anzeigers» bestätigt. Derzeit liege «der Fokus vor allem auf den Bereichen Völkerstrafrecht und Embargogesetz, die Situation wird jedoch unter anderem auch im Bereich Wirtschaftskriminalität laufend analysiert und die Taskforce bei Bedarf verstärkt».

Während sein Vorgänger im kleinen Zirkel arbeitete, will Blättler das vorhandene Wissen integral nutzen und die Informationen laufend austauschen. Dies in «übergreifender nationaler und internationaler Zusammenarbeit», so die BA.

Die von Blättler selbst geleitete Taskforce suche, so die BA,

«gemeinsam mit Partnern rasche Lösungswege, um mögliche Beweismittel von einreisenden Flüchtlingen zu erheben und zu sichern, damit allfälligen späteren Rechtshilfeersuchen unter anderem des Internationalen Strafgerichtshofes oder ersuchender Staaten rasch und zielführend entsprochen werden kann». Zudem sollen «rasch eigene Strafverfahren eröffnet werden können, sobald sich mutmassliche Urheber von Verbrechen gegen das Völkerstrafrecht auf Schweizer Territorium aufhalten».

Auch wenn «Schweizerinnen und Schweizer im Ausland Kriegsverbrechen begehen würden oder sobald ein hinreichender Verdacht auf andere in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft fallende Straftaten bestünde», will Blättler sofort aktiv werden. Die Bundesanwaltschaft halte sich auch im Bereich Sanktionen bereit, heisst es, auf Ersuchen des zuständigen Staatssekretariats für Wirtschaft Seco Strafverfahren zu eröffnen oder Vermögenssperran zu ordnen.

Blättler, der Strafverfolger. Unter ihm geht die Behörde, so sieht es aus, aktiv auf nationale und internationale Partner zu, um mutmassliche Verbrechen auch wirklich zur Rechenschaft ziehen zu können.

Die vormalige Russland-Rechtshilfe übrigens funktionierte nur im Sinn von Putin. Das zeigte sich 2015, als die Stiftung des Putin-Kritikers Alexej Nawalny den Sohn des russischen Generalstaatsanwalts Juri Tschaika anzeigte: Artjom Tschaika habe kriminelles Geld in die Schweiz verschoben. Kurz vor einem Treffen zwischen Lauber und Tschaika beerdigte die BA das Verfahren.

Alt Ständerat René Rhinow und die liberale Politik

Das Rezept für eine erfolgreiche FDP

Das soeben erschienene Buch «Freiheit in der Demokratie» des liberalen Denkers René Rhinow, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Basel und alt Ständerat der FDP, sollte für alle Pflichtlektüre sein, die unter der Fahne des Freisinns politisieren.

In einer Reihe von lesenswerten Aufsätzen zeigt der Autor auf, weshalb eine gute liberale Politik immer auf der Menschenwürde basiert. Und weshalb die Ausrichtung auf die Menschenwürde als oberstes Ziel stets zu einer guten liberalen Politik führt. In den Beiträgen spiegelt sich nicht nur die Tatsache, dass René Rhinow ein belesener Mann ist, sondern auch, dass er ebenfalls konkrete, politische Erfahrung mitbringt – was für jemanden mit seiner geistigen Flughöhe nicht



René Rhinow, alt Ständerat der FDP, BL. Bild: Kenneth Nars

selbstverständlich ist. Im Kapitel «Die liberale Geisteshaltung» kommt das in seinen Ausführungen zum Thema Bescheidenheit und Demut exemplarisch zum Ausdruck. Problemlösungen seien oft unspektakulär, langatmig, «sitzungsintensiv», auch mühsam, schreibt Rhinow.

Und er zitiert hier Max Webers «starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass».

Seine Aussagen treffen auch heute noch auf die politische Arbeit zu. Zumindest im Ständerat, dem René Rhinow als Vertreter des Kantons Baselland von 1987 bis 1999 angehörte, hat sich nicht viel geändert. Nach wie vor ist der Stil im Ständerat von gegenseitigem Respekt geprägt, was in anderen Bereichen des Politbetriebs leider nicht zutrifft.

René Rhinow konstatiert: «Ich wandte mich immer gegen die neuerdings im Vormarsch begriffene, irriige Auffassung, in der Politik gehe es nur um Inhalte, der Anstand, die faire Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner seien nebensächlich.» Und er erwähnt in diesem Zusammen-

Das Buch ist ein Manifest für eine nachhaltige liberale Politik.

hang speziell die «enthemmte und radikalisierte Kommunikation». Für Rhinow ist ein menschlicher und mitmenschlicher Umgang für eine Demokratie essenziell.

Von besonderer Aktualität sind die Ausführungen Rhinows im Kapitel «Nachhaltiger Libera-

lismus», sinnigerweise ziemlich genau in der Mitte des Buches. «Wenn das von Liberalen hochgehaltene Junktim von Freiheit und Verantwortung gelten soll, muss es auch die Verantwortung gegenüber Natur und Nachwelt mit einschliessen», schreibt Rhinow.

Und er zitiert im Zusammenhang mit dem «Prinzip Verantwortung» des österreichisch-amerikanischen Philosophen Hans Jonas schliesslich Kant: «Handle so, dass die Wirkungen Deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz menschlichen Lebens auf Erden.»

René Rhinow erinnert daran, dass liberale (Mit-)Verantwortung Nachhaltigkeit einschliesst: «Auf Menschenwürde basierte Freiheit steht auch nachfolgenden Generationen zu. Dass Freiheit auch die

Entwicklungschancen junger Menschen umfasst, leuchtet unmittelbar ein. Doch muss Freiheit auch den noch nicht geborenen Menschen in der Nachwelt zustehen.» Was war, was ist und was sein wird – das Buch von René Rhinow ist mehr als das im Untertitel fast schon bescheiden festgehaltene «Plädoyer für einen menschenwürdigen Liberalismus». Sein Buch «Freiheit in der Demokratie» ist geradezu ein Manifest für eine nachhaltige liberale Geisteshaltung und Politik in all ihren Formen – und damit eigentlich das Erfolgsrezept für die FDP Schweiz.



Damian Müller Ständerat FDP, LU